WP-2-097 Kapitel 2: Berlin hält zusammen

Antragsteller*in: LAG Planen Bauen Wohnen Stadtentwicklung
Beschlussdatum: 14.01.2026

Änderungsantrag zu WP-2

Von Zeile 96 bis 104:
Wir verstehen den Wunsch, sicher in den eigenen vier Wänden zu leben. Eigentumsförderung, die vielen zugutekommt, ist ~~aber~~ angesichts der Immobilienpreise aber nicht auf breiter Ebene umsetzbar. Gerade mal 41 Familien will Schwarz-Rot jetzt mit 17 Millionen Euro zum eigenen Heim verhelfen. Das ist ~~bestenfalls Symbolpolitik~~ungerecht und Verschwendung von öffentlichen Mitteln! Deshalb wollen wir stattdessen Genossenschaften stärker fördern und Menschen mit niedrigeren und mittleren Einkommen beim Erwerb von Genossenschaftsanteilen unterstützen. Denn wer in einer Genossenschaft lebt, kann in den eigenen vier Wänden dauerhaft sicher leben und auf die Unterstützung durch eine starke Gemeinschaft zählen. Außerdem wollen wir die Grunderwerbssteuer nicht nur auf das Niveau von Brandenburg anheben, sondern klar sozial staffeln: Menschen, die in den eigenen vier Wänden leben wollen, zahlen weniger~~,g~~. Große Unternehmen sollen dafür mehr bezahlen, insbesondere auch beim Kauf von Immobilienpaketen im Rahmen von Share Deals.

Begründung

Wohnungspolitik muss Politik für breite Schichten der Bevölkerung sein - das ist unsere Maßgabe, deswegen der Hinweis auf die "breite Ebene". Bei der schwarz-roten Eigentumsförderung, die mit viel Geld nur wenige Menschen erreicht, sollten wir klar und leicht verständlich sagen, was wir kritisieren. Genossenschaften haben sehr viele Vorteile, die sich insbesondere aus der solidarischen Gemeinschaft ergeben - deswegen sollten wir auch hier in klaren Worten sagen, warum dieser Ansatz besser ist. Und bei großen Unternehmen sollte noch einmal betont werden, wo das eigentliche Problem liegt - nämlich dass die Grunderwerbssteuer von diesen Akteuren derzeit überhaupt nicht bezahlt wird.